



UvA-DARE (Digital Academic Repository)

Politikverdrossenheit, Populismus und enttäuschte Mittelschichten in den Niederlanden

Nijhuis, A.J.J.

Published in:

Aneinander vorbei?! Zivilgesellschaft und Politik. NRW-Forum: Zukunft Demokratie 2013

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

Nijhuis, T. (2014). Politikverdrossenheit, Populismus und enttäuschte Mittelschichten in den Niederlanden. In U. Scharfenberger (Ed.), Aneinander vorbei?! Zivilgesellschaft und Politik. NRW-Forum: Zukunft Demokratie 2013 (pp. 108-119). Düsseldorf: Landeszentrale für politische Bildung.

General rights

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

Disclaimer/Complaints regulations

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <http://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.



Aneinander vorbei?!
Zivilgesellschaft und Politik
NRW-Forum: Zukunft Demokratie 2013

Impressum

Herausgeberin

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.politische-bildung.nrw.de

Redaktion

Ulrike Scharfenberger

Lektorat

Frau Dr. Bärbel Müller, Potsdam

Bildnachweis

Titel: photocase.com/kallejipp
Rückseite: Philipp Sanke
Foto des Referenten Dieter Rucht: Kai Horstmann
Alle anderen Fotos: Roland Zerwinski

Aneinander vorbei?!

Zivilgesellschaft und Politik

NRW-Forum: Zukunft Demokratie 2013

Inhalt

05 **Begrüßung und Einführung**

Maria Springenberg-Eich

11 **Zwischen Vermutung und Realität: Gegenseitige Erwartungen von Bürgern und Mandatsträgern**

Prof. Dr. Ulrich von Alemann/Prof. Dr. Joachim Klewes

30 **Bildungsferne Bürger: Teilhabearm und politikverdrossen?**

Dr. David H. Gehne

Replik auf Dr. David H. Gehne

45 **Bildungsferne – teilhabearm und politikverdrossen?**

Prof. Dr. Ulrich von Alemann

58 **Engagementbereite (Bildungs-)Bürger**

Prof. Dr. Dieter Rucht

Replik auf Prof. Dr. Dieter Rucht

75 **Partizipation versus Engagement – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Nordrhein-Westfalen**

Prof. Dr. Joachim Klewes

94 **Enttäuschte Mittelschichten: Anfällig für postmodernen Populismus**

Klaus Gerhards

108 **Politikverdrossenheit, Populismus und enttäuschte Mittelschichten in den Niederlanden**

Prof. Dr. Ton Nijhuis



um

und Politik: Bedingungen und Wege innersetzungen

NRW-Landtagspräsidentin

Alemann, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

, Bürgermeister von Monheim

er Fokusgruppe „Schüler von Meisterkursen
mer

ht, Wissenschaftszentrum Berlin

tur Kommunikation & Bürgerdialog

03.03.2013, Düsseldorf



demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



NRW-Forum:
Zukunft De



Politikverdrossenheit, Populismus und enttäuschte Mittelschichten in den Niederlanden

Prof. Dr. Ton Nijhuis



Prof. Dr. Ton Nijhuis

Die Niederlande sind ein kompliziertes Land. Einerseits fügt es sich in die Reihe der High Trust Societies; obwohl ein wenig gesunken, herrscht dort im europäischen Vergleich noch immer viel Vertrauen in die Politik. Andererseits haben viele Wähler seit der Jahrhundertwende den traditionellen politischen Parteien den Rücken gekehrt und sich den populistischen Parteien auf der rechten oder linken Seite des politischen Spektrums zugewandt.

Man könnte fast geneigt sein zu sagen, dass alles mit dem flamboyanten rechtspopulistischen Politiker Pim Fortyun begann. Er schaffte es 2002 mit seiner gerade gegründeten Partei Lijst Pim Fortyun (LPF) auf Anhieb, eine große Wählerschaft an sich zu binden. Bei den Wahlen, die kurz nach seinem Tod stattfanden, gaben 17 % der Wähler ihre Stimme der LPF. Nach dem Niedergang der LPF, der schnell eintrat, konnte vor allem Geert Wilders mit seiner Partij voor de Vrijheid (PVV) diesen Teil der Wählerschaft an sich binden.

Auf der linken Seite bietet die Socialistische Partij (SP) unzufriedenen Sozialdemokraten einen neuen Heimathafen. Diese Partei schwankte im letzten Jahrzehnt zwischen 10 % und 17 % der Wählerstimmen.

In den Umfragen haben die populistischen Parteien nach dem Antritt des Kabinetts Rutte-Asscher im November 2012, bestehend aus der liberalen VVD (Rutte) und der sozialdemokratischen PvdA (Asscher), Aufwind bekommen. Umfragen nach dem Sommer 2013 zufolge darf die PVV mit circa 20 % der Wähler rechnen, die SP mit 17 %. Rechnet man die kleineren populistischen Parteien hinzu, dann könnten diese Parteien den Prognosen zufolge insgesamt mehr als 40 % der Stimmen auf sich vereinen.

Wenn wir jetzt auch noch die 25 % Nichtwähler hinzunehmen würden, die im Durchschnitt ein geringeres Vertrauen und ein größeres Empfinden für Ungerechtigkeit haben, dann bedeutet das, dass sich eine Mehrheit der Wahlberechtigten von den etablierten Parteien verabschiedet hat.

Wie volatil der Wähler ist und wie schnell den etablierten Parteien das Vertrauen gekündigt wird, zeigt Tabelle 1: Die beiden Regierungsparteien, die mit 79 von 150 Sitzen bei den Wahlen 2012 noch über eine komfortable Mehrheit verfügten, konnten ein Jahr später in den Umfragen nur noch mit 29 Sitzen rechnen, was auf weniger als 20 % der Wähler hinausläuft. Die Regierungsparteien VVD und PvdA sind Umfragen zufolge im Moment gemeinsam kleiner als die PVV von Geert Wilders.

Tabelle 1

Quelle: www.peil.nl

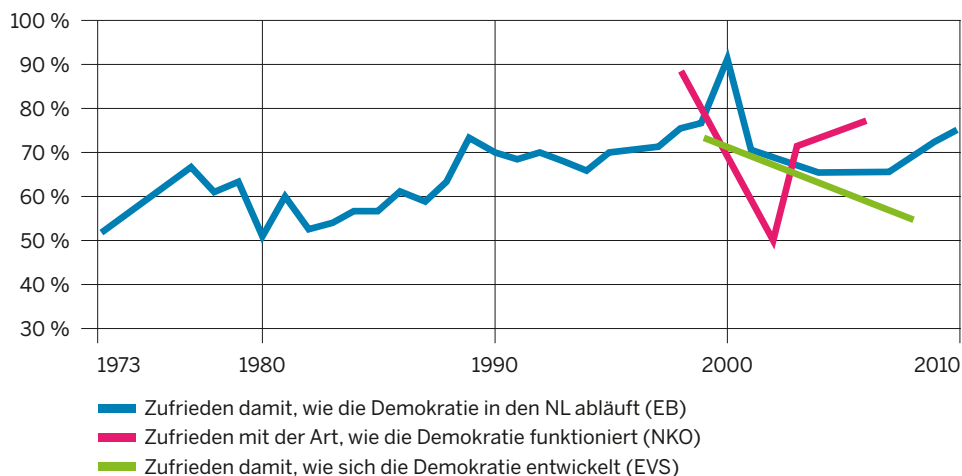
| Umfrage politische Präferenz Zweite Kammer | | | |
|---|---------------|------------------|-------------------|
| in Sitzen Zweite Kammer | TK2012 | 10-3-2013 | 13-10-2013 |
| VVD | 41 | 24 | 20 |
| PvdA | 38 | 19 | 12 |
| PVV | 15 | 22 | 33 |
| SP | 15 | 22 | 25 |
| CDA | 13 | 15 | 16 |
| D66 | 12 | 15 | 20 |
| ChristenUnie | 5 | 6 | 6 |
| Groen Links | 4 | 3 | 6 |
| SGP | 3 | 3 | 4 |
| Partij voor de Dieren | 2 | 3 | 3 |
| 50PLUS | 2 | 18 | 5 |
| Total | 150 | 150 | 150 |
| VVD+PvdA | 79 | 43 | 32 |

Außerdem fällt der steile Aufstieg der populistischen Seniorenpartei 50PLUS auf. Dieser Aufstieg ist vor allem durch die große Zahl unzufriedener Senioren zu erklären, die um ihre Rente besorgt sind. Im Oktober 2013 musste dann jedoch der Fraktionsvorsitzende der Partei, Henk Krol, zurücktreten, weil er als Arbeitgeber die Rentenversicherungsbeiträge seiner Arbeitnehmer hinterzogen hat. Dies hat der Glaubwürdigkeit der Partei großen Schaden zugefügt, mit der Folge eines freien Falls ihrer Umfrageergebnisse.

Trotz dieser extremen Volatilität zeigt sich keine dramatisch sinkende Tendenz beim Vertrauen in die Politik als solche. Das Vertrauen in die Demokratie selbst ist groß und hat seit den 1970er-Jahren ständig zugenommen; von 50 % auf 75 %. Das Vertrauen in die Regierung und in die politischen Parteien ist zwar zurückgegangen, aber nicht dramatisch.

Tabelle 2
Zufriedenheit mit
der Funktionsweise
der Demokratie

Quelle: Ministerie van
 Binnenlandse Zaken en
 Koninkrijksrelaties (2011):
 Legitimiteitsmonitor
 Democratisch Bestuur.
 Den Haag, 22.



Auch die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie der Staat funktioniert, ist nicht dramatisch zurückgegangen, wie aus Tabelle 3 hervorgeht.

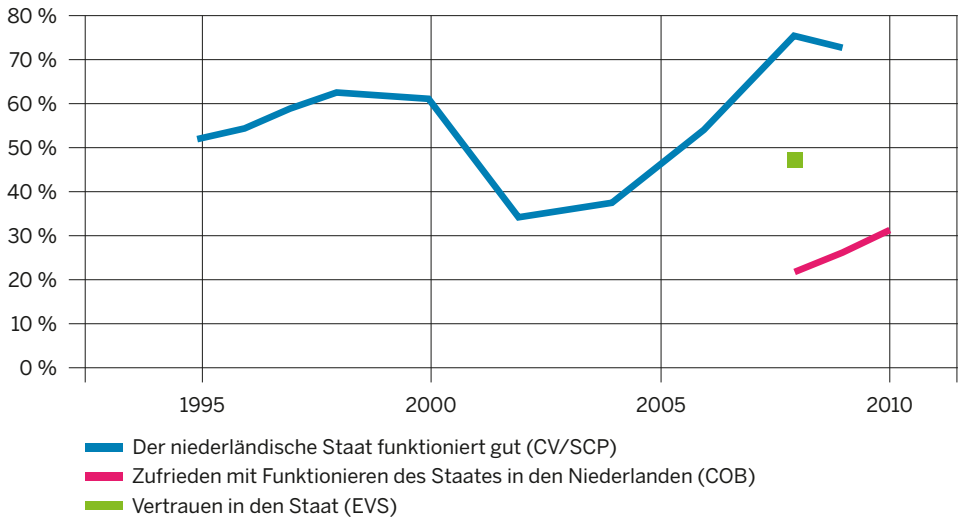


Tabelle 3
Zufriedenheit mit
Funktionieren des
Staates

Quelle: Ministerie van
 Binnenlandse Zaken en
 Koninkrijksrelaties (2011):
 Legitimiteitsmonitor
 Democratisch Bestuur.
 Den Haag, 40.

Dasselbe gilt für die Anerkennung der Regierung. Es gibt zwar erhebliche Fluktuationen, aber nach dem tiefen Fall zu Anfang dieses Jahrhunderts, der sich mit dem Aufstieg von Pim Fortuyn überschneidet, ist die Anerkennung mehr oder weniger stabil geblieben, auch wenn sie auf einem niedrigeren Niveau liegt als in den 1980er- und 1990er-Jahren.

Ebenso kann das Parlament mit einem angemessenen Vertrauen rechnen. Zwar ist das Vertrauen, das politischen Parteien entgegengebracht wird, immer etwas geringer, aber auch hier kann keine Rede sein von einem strukturellen Niedergang, wie aus Tabelle 4 hervorgeht.

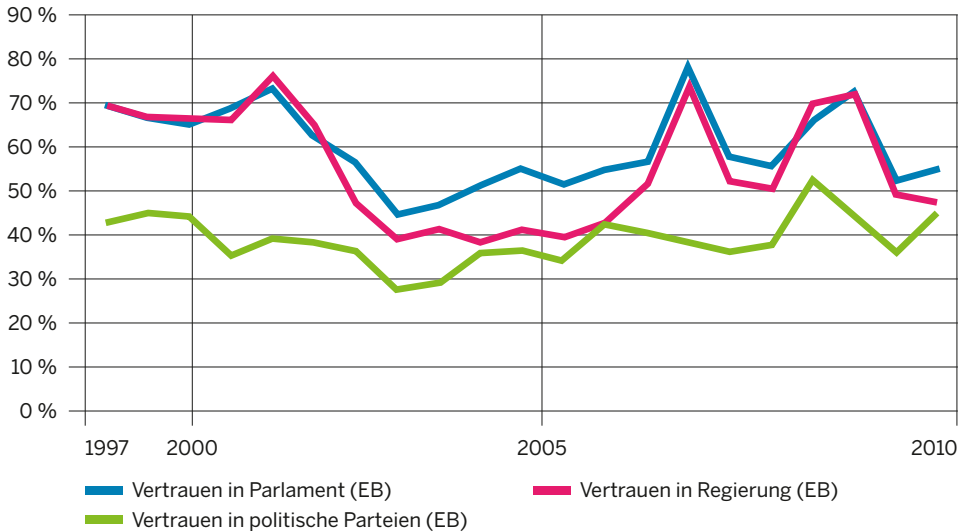


Tabelle 4
Politische Vertrauens-
ziffern im Vergleich

Quelle: Ministerie van
 Binnenlandse Zaken en
 Koninkrijksrelaties (2011):
 Legitimiteitsmonitor
 Democratisch Bestuur.
 Den Haag, 38.

Bemerkenswert ist jedoch die große Kluft zwischen den Wählern mit hohem Ausbildungs- und jenen mit niedrigerem Ausbildungsniveau. Diejenigen mit hohem Niveau zeigen mehr Vertrauen und auch eine größere Bereitschaft zur demokratischen Partizipation.

Scherzend sprechen wir in den Niederlanden dann auch von einer „Diplomademokratie“.

| Haltung gegenüber Politikern (Übereinstimmungen) | Bildung der Befragten | | | Unterschied (hoch – niedrig) |
|---|-----------------------|--------|------|---------------------------------|
| | niedrig | mittel | hoch | |
| Kammermitglieder kümmern sich nicht um Menschen wie mir | 54 | 37 | 22 | 32 |
| Die politischen Parteien interessieren sich nur für meine Stimme, nicht für meine Meinung | 63 | 47 | 33 | 30 |
| Minister und Staatssekretäre sind nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht | 57 | 35 | 25 | 32 |
| Wider besseren Wissens versprechen Politiker mehr als sie halten können | 95 | 93 | 89 | 6 |
| Kammermitglied wird man eher durch seine politischen Freunde als wegen seiner Fähigkeiten | 52 | 42 | 47 | 5 |

Tabelle 5
Haltung gegenüber
Politikern nach
Bildung (in %)

Quelle: Paul Dekker (Hrsg.)
2006: Politiek cynisme.
Driebergen, 36.

Wir könnten dieses mangelnde Vertrauen auch als politischen Zynismus interpretieren. Kern dessen ist die Ansicht, dass Politik, Staatsapparat und Politiker grundsätzlich nichts taugen sowie unzuverlässig, inkompetent und nicht an den Bürgern interessiert sind. In Umfragen zeigen sich wiederholt die gleichen Beschwerden. Etwa 50 % der Befragten sind der Meinung, dass Politiker erstens keine Ahnung haben von dem, was die Bevölkerung beschäftigt; dass sie zweitens nur einen ungenügenden Blick für das allgemeine Interesse haben und drittens ihre Versprechen nicht halten.

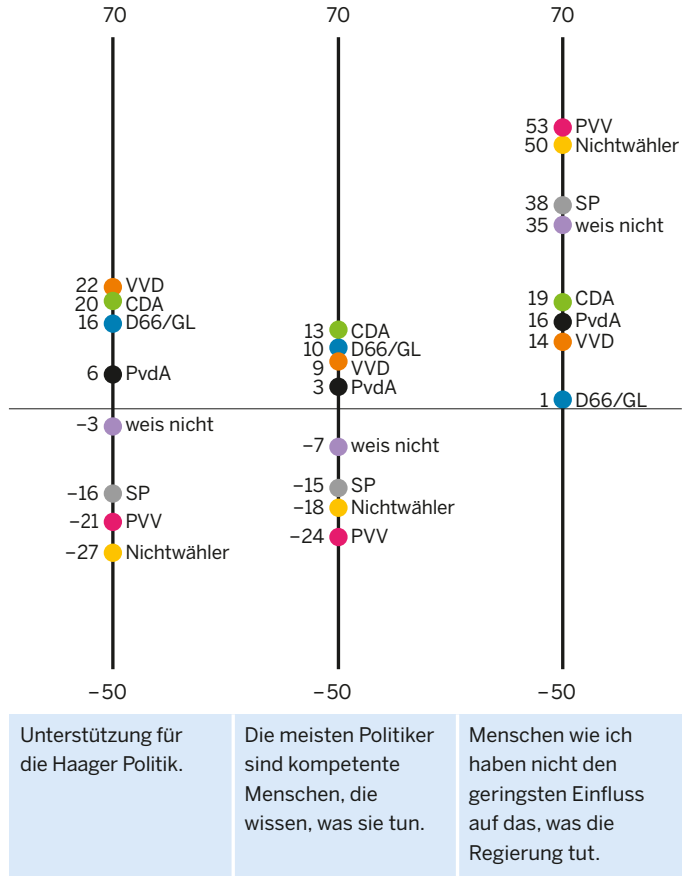
Politiker werden übrigens nicht für korrupt oder inkompetent gehalten. Man kritisiert, dass Politiker zu wenig mitten in der Gesellschaft stehen und die Probleme, die man wichtig findet, zu wenig aufgreifen oder nicht zur allgemeinen Zufriedenheit lösen. Die Kritik richtet sich also auf den Mangel an Repräsentativität und Responsivität.

Natürlich ist nicht jede Form des Misstrauens schlecht: Ein gewisser politischer Skeptizismus ist durchaus kennzeichnend für den aufmerksamen Bürger.

Wenn wir uns anschauen, wo sich diejenigen befinden, die weniger Vertrauen in die Politik haben, dann setzt sich diese Gruppe vor allem zusammen aus Nichtwählern und Wählern der populistischen Parteien (PVV und SP).

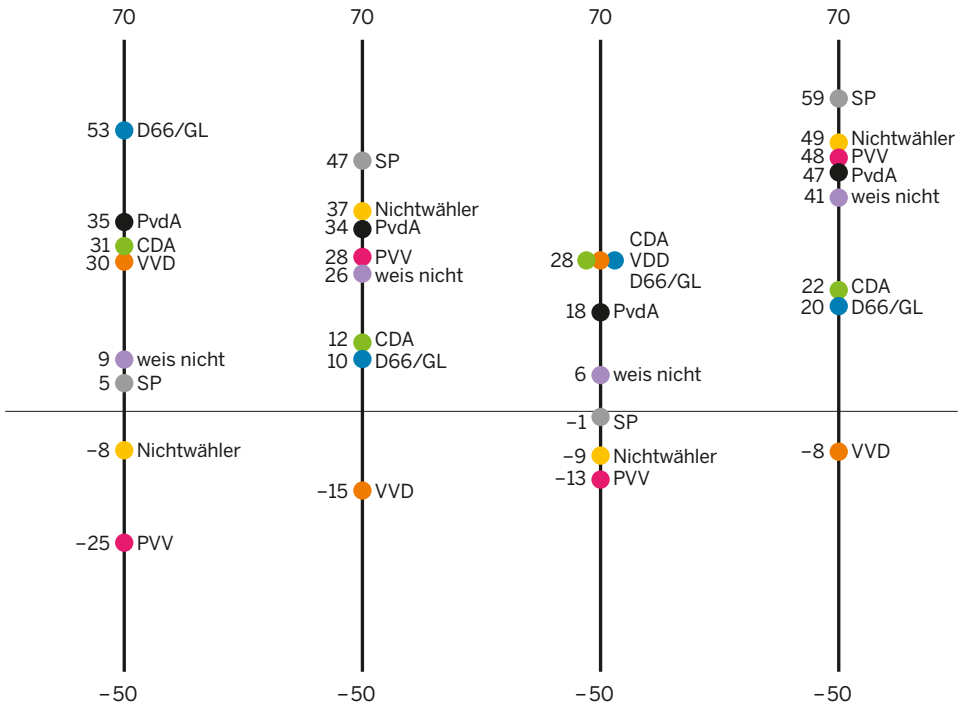
Tabelle 6

Quelle: Josje den Ridder, Paul Dekker und Mathilde van Ditmars (2012): *Bürgerperspektieven 2012/4*. Den Haag, 42.



Eine Konsequenz aus der Tatsache, dass unter denjenigen mit hohem Ausbildungsniveau mehr Vertrauen in die Politik herrscht und sie darum auch eher bereit sind zu partizipieren als diejenigen mit geringerem Ausbildungsniveau, ist natürlich, dass ein hoher Bildungsgrad in der Verwaltung und in den politischen Parteien dominiert. Das geringere Niveau ist dort unterrepräsentiert. Das wäre dann kein Problem, wenn die Ideen und Interessen der Menschen mit geringerem Bildungsgrad gut repräsentiert würden. Da es jedoch zwischen beiden Gruppen erhebliche Unterschiede gibt in Bezug auf die Frage, welche politischen Probleme wirklich relevant und dringlich sind, führt dies zu einer Untervertre-

tung des geringeren Ausbildungsniveaus, besonders in den Themenbereichen Europa, Sicherheit und bei Fragen der Immigration und Integration.



| | | | |
|---|--|---|---|
| Die niederländische Mitgliedschaft in der EU ist eine gute Sache. | In unserem Land gibt es zu wenig Aufmerksamkeit für Menschen, die es nicht so gut haben. | In unserer Gesellschaft werden Menschen im Allgemeinen ehrlich behandelt. | Der Unterschied zwischen Arm u. Reich in den Niederlanden ist zu groß geworden. |
|---|--|---|---|

Tabelle 7
 Quelle: Josje den Ridder, Paul Dekker und Mathilde van Ditmars (2012): Bürgerperspektiven 2012/4. Den Haag, 44.

In dieser mangelnden Repräsentation des geringeren Ausbildungsniveaus liegt die Chance für populistische Parteien. Man könnte auch sagen: Eigentlich haben populistische Parteien wie die SP und Geert Wilders mit seiner PVV dafür gesorgt, dass Menschen mit geringerem Bildungsniveau besser repräsentiert werden.

Darüber hinaus zeigt sich noch ein anderes Phänomen. Politische Parteien haben immer sowohl eine repräsentative als auch eine rekrutierende Funktion gehabt. Die repräsentative

tive Funktion hat sich mit dem Verschwinden der Milieus stark verringert. Parteien sind jedoch nach wie vor unentbehrlich für die Werbung von Kandidaten für politische und staatliche Positionen. Dies wird von denjenigen mit geringerem Ausbildungsniveau interpretiert als „einander Funktionen zuschieben“. Auf 50.000 aktive Parteimitglieder in den Niederlanden kommen 25.000 politische und Verwaltungsfunktionen, die verteilt werden müssen.

Die Menschen mit hohen und niedrigeren Ausbildungsniveaus schauen auch anders auf die politische Bühne in Den Haag. Diejenigen mit hohem Niveau sehen die Politik als einen Prozess an, in dem trotz widerstreitender Interessen auf redliche Weise allgemein bindende Beschlüsse gefasst werden. Jene mit niedrigerem Niveau sprechen hingegen mehr vom Den Haager Hickhack, das die Politiker davon abhält, die wirklichen Probleme anzugehen.

Hierauf reagieren die populistischen Parteien. Kennzeichnend für sie ist, dass sie sich vom politischen Spiel distanzieren und sich auf den „Volkswillen“ berufen. Populisten sehen das Volk als eine Einheit mit einem eindeutigen Willen. Anstelle der Problematisierung dieser Einheit wird jeder, der hiervon abweicht oder differenzierte Auffassungen hat, ausgeschlossen oder dargestellt als jemand, der die Stimme des Volkes ignoriert.

Unzufriedenheit mit der nicht liefernden Politik fällt in der Praxis zusammen mit ständig höhergeschraubten Anforderungen in Richtung des Staates. Das Wecken von Erwartungen, von denen wir eigentlich wissen, dass sie nicht realistisch sind, bildet den Nährboden für Unzufriedenheit und Frustration. Für Politiker liegt hier eine wichtige Aufgabe. Sie können dieser Entwicklung entgegenwirken, indem sie die Erwartungen lenken und deutlich erklären, was die Politik nicht leisten oder worauf sie nur geringen Einfluss nehmen kann.

Politiker finden das jedoch schwierig, denn sie wollen sich zu allem äußern, vor allem wenn sie damit ins Fernsehen kommen. Je weniger sie wirklich können, desto mehr wollen sie den Eindruck erwecken, alles unter Kontrolle zu haben. Und doch, öffentlich zuzugeben, dass der Staat in vielen

Bereichen nichts oder nur sehr wenig tun kann, ist heilsam. Diese Übung in Bescheidenheit nähme auch dem Populismus den Wind aus den Segeln, der gerade an solche frustrierten Erwartungen anknüpfen kann. Wenn übrigens viele Menschen sagen, dass Politiker bestimmte Probleme nicht lösen können oder mehr versprechen, als sie einhalten können, dann muss man das nicht unbedingt als ein Zeichen von Politikverdrossenheit interpretieren: Man kann es auch Realismus nennen.

Reelle Erwartungen zwischen Bürgern und Politikern tragen zum beiderseitigen Vertrauen bei. Im Moment scheint allerdings von gegenseitiger Geringschätzung die Rede zu sein. Nicht nur urteilen die Bürger gern negativ über die Politiker, die Politiker lassen sich off the record auch oft negativ über die Bürger und Parteimitglieder aus. Der Wähler sei undankbar, verwöhnt, faul, unredlich, nicht gut informiert und so weiter und so fort. Diese drohende Spirale nach unten muss durchbrochen werden durch die Stärkung des beiderseitigen Vertrauens. Erreicht werden kann das mit realistischen Erwartungen auf beiden Seiten.

Nicht nur die gegenseitigen Erwartungen sind ein Problem, sondern auch die Art und Weise, wie die Bürger wieder und wieder im Namen der Solidarität zur Kasse gebeten werden. Wobei gerade der Mittelklasse – teilweise infolge der Prozesse zur Privatisierung und Deregulierung – immer größere Verantwortung in die Schuhe geschoben wird und sie nur mit Mühe den Kopf über Wasser halten kann. Leistung und Belohnung sind heutzutage in den Augen vieler in den Mittelschichten entkoppelt.

Die Überforderung und Solidaritätszumutung führt zu einer enttäuschten Mittelschicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vom Bürger mehr Solidarität verlangt. Aus humanistischen Überlegungen heraus musste der Eigennutz dem geteilten, allgemeinen Interesse untergeordnet werden. Außerdem verschoben sich die Grenzen immer mehr. Die Sorge um die eigene kleine Lebenswelt, für die eigene Familie und Heimat, sollte zusammenfallen mit einer Verbundenheit, die diese weit übersteigt und eigentlich die ganze Welt umfasst, einschließlich der Umwelt und nachfolgenden Gene-

rationen. Unterdrückt wurde gleichzeitig der Nachdruck auf das Eigene, auf die eigene Kultur, Nationalität, „Rasse“, den eigenen Glauben oder die Sprache. Genau das hatte nämlich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Katastrophen geführt und musste so weit wie möglich verbannt werden.

Kurz gesagt, man erwartete vom Bürger stets mehr Empathie und Solidarität für stets größere und abstraktere Ziele.

Universales Engagement klingt wie ein zu erstrebendes Ideal, wird von vielen Bürgern jedoch als etwas gesehen, das einem mittels höherer Steuern zur Finanzierung der anonymen bürokratischen Institutionen aufgezwingen wird.

Das Fundament bröckelt. Der Idealismus scheint in die Hände einer kleinen staatlichen Elite geraten zu sein. Diesem Muster begegnen wir überall, ob es sich dabei um die europäische Integration, um Entwicklungszusammenarbeit oder die multikulturelle Gesellschaft handelt. Nicht etwa, dass die Bürger prinzipiell dagegen wären. Doch viele haben das Gefühl, dass sie kaum gefragt werden. Nur ihr Portemonnaie ist interessant. Im Namen von schönen Prinzipien und Solidarität wird immer anderen geholfen, während sie selbst es auch alles andere als einfach haben. Gleichzeitig zerbröckelt die eigene, gemütliche Lebenswelt immer mehr. Das führt zu einem Gefühl der Heimatlosigkeit. Auch hinsichtlich der multikulturellen Gesellschaft zeigt sich dieses Phänomen. Dadurch, dass der Akzent ständig auf das andere gelegt wird, fühlen sich viele Bürger bedroht in dem, was sie als das Eigene ansehen, und sind der Auffassung, dass die Hilfen des Staates nicht gerecht verteilt werden. Die kulturelle Eigenheit wird vermeintlich von außen bedroht und die politische Elite bietet dabei keinen Schutz. Im Gegenteil, sie schürt das Ganze noch, so hört man es oft am Stammtisch. Viele Bürger sind sozial erschöpft und von den etablierten politischen Parteien enttäuscht. Dieses Gefühl der Verkennung machen sich in den Niederlanden die populistischen Politiker auf der rechten und der linken Seite effektiv zunutze.

Die Gruppe derjenigen mit höherem Ausbildungsniveau, die sich wohl noch für universelles Engagement und Solidarität einsetzen, werden in den Niederlanden im Moment auch

als traditionell progressiv eingestuft. „Traditionell“ deshalb, weil man festhält an den klassischen progressiven universalistischen Werten. Sie haben aber keine überzeugende Erzählung mehr, wie die Zukunft aussehen soll.

Demgegenüber gibt es die modernen Konservativen, die die Errungenschaften seit den 1960er-Jahren bewahren möchten. Sie sehen die Frauenemanzipation, die Homosexualität usw. als durch den Islam gefährdet an und deshalb sollen die westlichen Werte geschützt werden.

Konservativ sind diese Bürger, weil sie nicht länger universalistisch orientiert sind, sondern partikularistisch. Das eigene Heim geht vor und sie haben kein Interesse mehr an der Außenwelt. Sie sind nationalistisch und geben viel Geld für Entwicklungszusammenarbeit, gegen Einsätze von Truppen an Krisenherden, gegen Immigration, gegen Europa, gegen die Förderung von Kunst und Kultur und für mehr Bestrafung, Kriminalitätsbekämpfung, machen sich Sorgen über Werteverlust und gute Umgangsformen usw. Genau das sind die Themen, die durch die populistischen Parteien besetzt werden, die damit in der Mitte angekommen sind.

Vertrauen in die Demokratie und in demokratische Institutionen geht in den Niederlanden Hand in Hand mit dem Gefühl eines Unbehagens über das praktische Funktionieren der Demokratie und die konkrete Politik bezüglich zentraler gesellschaftlicher Themen wie Europa, Immigration, Integration, Islam und einer als ungerecht empfundenen Verteilung des Wohlstands.

Das hat in hohem Maße zu Volatilität und zu einer Instabilität des klassischen Parteiensystems geführt und beeinträchtigt damit auch die Handlungsfähigkeit und die Schlagkraft der Regierung. Dies wiederum führt zu Skepsis über die Wirkung der Politik der etablierten Parteien.

Eine große Mehrheit der Bevölkerung optiert für neue Formen der direkten Demokratie und für mehr Bürgerpartizipation. Das könnte vielleicht das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie stärken. Das jedoch setzt voraus, dass auch die Politiker größeres Vertrauen in den Bürger aufbringen müssen.

